

Die Straßen von Berlin

Heute ist so ein Tag, an dem sich glücklich schätzen kann, wer ein Auto hat, mit dem er zur Arbeit fahren kann. Deutschlandweit streiken ausgerechnet jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in ihrer Existenz von der Corona-Pandemie nicht betroffen sind. Wo finden eigentlich die Streiks derjenigen statt, die durch Corona in Harzt IV landeten, die Arbeitslos gewordenen, die Solo-Selbständigen, die keine Aufträge mehr bekommen, die Künstler, die vor so wenig Publikum auftreten müssen, dass es nicht für eine ordentliche Gage reicht?

Die Argumente der Gewerkschaft, warum die Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben mehr Geld bekommen und warum weitere eingestellt werden müssen, leuchten allerdings ein. Die öffentlichen Arbeitgeber ducken sich weg und machen seit Monaten keine Angebote. Sie zwingen also regelrecht die Beschäftigten, sich mit Streiks zu wehren. Wen soll man also heute mehr verachten, diejenigen, die streiken oder die Politiker, die sich in ihren Dienstwagen zurücklehnen und abwarten?

Natürlich müssen irgendwann die vielen Milliarden zurückgezahlt werden, die großzügig verteilt wurden. Ist es wirklich sinnvoll, den Eltern für jedes Kind 300 Euro zu überweisen, während es in Schulen Fenster gibt, die sich zum Lüften nicht öffnen lassen? Haben wir wirklich eine Senkung der Mehrwertsteuer gebraucht? Das ist doch alles Unsinn. Die Politik befand und befindet sich in einem regelrechten Rausch, mit nicht vorhandenem Geld um sich zu werfen. Sinnvoll ist hingegen die direkte Unterstützung der Berufstätigen durch Kurzarbeitergeld und Zuschüsse an kleine Unternehmen, Selbständige und Künstler. Das findet zwar statt, aber wie lange noch?

Heute werden Bund und Länder neue Beschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens beschließen müssen, weil es eine Minderheit gibt, die geradezu die Gefahr sucht, sich anzustecken. Warum müssen ständig diese Groß-Partys stattfinden? Zu leiden darunter haben diejenigen, die sich vernünftig verhalten.

Ich habe Verständnis für jeden, der in diesen Tagen sein Auto nutzt und sich nicht in teilweise überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln aufhält. Die scheidende Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, **Monica Herrmann** (Grüne), erklärt uns aber heute in der Berliner Zeitung, dass die meisten Menschen ihr Auto nicht brauchen.

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metro-pole/buergermeisterin-die-meisten-menschen-brauchen-ihr-auto-nicht-li.108044>

Das mag sein, aber diejenigen, die es nutzen müssen und möchten, darf dies nicht verwehrt werden. Frau Herrmann kandidiert im nächsten Jahr für das Abgeordnetenhaus und will dort Verkehrspolitik machen. Mit Hilfe einer grünen Regierenden Bürgermeisterin wird ihr das sicherlich leichtfallen.

Wer, wie Frau Herrmann, noch fit genug ist, mit dem Fahrrad unterwegs sein zu können, hat es gut. Denn Berlin soll zur Fahrradstadt werden. Ende 2019 lebten in Berlin 705.500 Menschen, die über 65 Jahre alt sind. Viele von denen können nicht mehr mit dem Fahrrad unterwegs sein und meiden es auch, nach einem Theaterbesuch gegen 23 Uhr noch öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Warum nur? Sie können sich froh und glücklich schätzen, wenn sie von einem Familienmitglied mit Auto begleitet werden. Ab einem bestimmten Alter sollte man ohnehin nicht mehr auf die Straße gehen, sondern sich lieber zu Hause im Fernsehen die „Jungen Ärzte“ anschauen und sich wundern, warum man diesen in seiner Praxis nicht begegnet. Zu seinem Arzt in Kreuzberg muss übrigens niemand laufen, denn: „Der Abschnitt der Bergmannstraße, der sich vor dem Ärztehaus erstreckt, bleibt für Autos befahrbar.“, beruhigt Frau Herrmann in dem Interview mit der Berliner Zeitung.

Natürlich ist es Absicht, den Autofahrern das Leben so schwer wie möglich zu machen. Beispiel B 96 – Tempelhofer Damm Richtung Lichtenrade: 50 – 30 – 50 – 30 – 50. Man muss weniger auf die Fahrbahn als vielmehr auf die Verkehrsschilder achten.

Was die Straßen betrifft, so haben diese noch ein ganz anderes Problem. Ausgelöst durch die geplante Umbenennung der Mohrenstraße wurden inzwischen alle Namensgeber gegoogelt. Mit schlimmen Ergebnissen. So ist man in Neukölln dabei, die Wissmannstraße umzubenennen, weil ihr Namensgeber Massaker an Einwohnern in Deutsch-Ostafrika befohlen haben soll. Wurde offenbar erst jetzt bekannt.

Die Steglitzer Treitschkestraße bleibt von Umbenennungsabsichten weiterhin verschont. Schon 2013 hatten CDU und Grüne in der BVV beschlossen, den Namen nicht zu ändern, obwohl Heinrich von Treitschke das Zitat zugesprochen wird: „Die Juden sind unser Unglück“. Apropos Antisemiten. Wann werden endlich die Martin-Luther-Straße und der Richard-Wagner-Platz umbenannt? Harald Martenstein meint in einer Tagesspiegel-Kolumne: „Wäre es im Interesse der Nachhaltigkeit und der Namensdiversität nicht an der Zeit, abwaschbare Straßenschilder einzuführen?“ Ich habe eine besser Idee: Durchnummern, wobei die Nummer 88 natürlich 87A heißen müsste.

Ed Koch